

guteingeführter
ungskonzern
ht für
d Umgegend
rigen
reter
iehungen, der in
urch Neuerwerb
e Geschäft wei-
n.
Provisionen.
richten u. Dd. 3170
stein & Vogler
nd.

zw. Passiererin,
t, bei guter Bezahlung
4873
önstedt & Co.,
Duisburg.

Redegewandte
Herren und Damen
von tadellosem Rufe
bietet
hohen Verdienst
Hans Hennig,
Düsseldorf
Friedrichstr. 24.

Erfahrener
Ansreichernehten
lofort gesucht.
Vollfr. Martwetter,
Wobellstraße 10.

Suche zum 1. August
einen jungen tüchti-
gen
Schuhmacher-
gelehen
für dauernde Beschäfti-
gung. Kost u. Logis
im Hause.
Johann Schöf,
Schuhmachermeister,
Haltern, Rhlb.

Welt.

und das hat einen
enne und sich bod
egt, möglichst große
t einen Wert von
schwungvolle Ge-

und das hat einen
enne und sich bod
egt, möglichst große
t einen Wert von
schwungvolle Ge-

wenn Sie das tun,
nal die Güte schwer
tieren und taugen,
ist, jeder ehemalige
bigkeit herabsetzen,
luft wachsen, wenn
Rutiro-Präparate.

(Mart), die alle drei
Fußbad (Doppel-
schwischen, Brennen
-Pflaster (Wadung
Sie eine kleine
wir, und das ist

haben doch wohl
re beeinträchtigen.
te.
nanziall besonders
werden, weil sie an
billiger, weil sie
und insofern

effen.
hshetere und eines
emein anerkannt.
en auf Verlangen

Mingeburg
traße.

tr.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.
Hocher Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Marktstr. 2. Fernsprecher 22 und 27. Verlagsgesellschaft: Bocholter (Wohl.) & Anholt-Melburger Zeitung

Nr. 203

Montag, den 27. Juli

1925

Englands Wille zum Frieden.

Bemerkenswerte Erklärungen Chamberlains und Baldwins.

W. London, 26. Juli. (Dr. Hb.) In einer Rede in Birmingham erklärte Außenminister Chamberlain unter anderem: In der auswärtigen Politik, wie bei den inneren Angelegenheiten, ist es unsere Aufgabe, nach dem Frieden zu streben, die Freundschaft zu pflegen, die Verdrüssung und die Feindschaft, die der Vergangenheit angehören, in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Regierung arbeitet an dem Zustandekommen eines wirklichen Friedens, welcher der Welt das Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens gibt, denn nur auf dieser Grundlage kann sich für uns neuer Wohlstand aufbauen. Die deutsche Regierung hat auf die französische Note über den Sicherheitspakt geantwortet. Offen gestanden bin ich etwas enttäuscht darüber, daß die deutsche Antwort so gehalten ist, daß meines Erachtens weitere schrittliche Meinungsäußerungen unvermeidlich werden, anstatt daß der Augenblick gekommen wäre, wo die beteiligten Länder sich zu einer persönlichen Aussprache versammeln könnten, um eine allseitig befriedigende Vereinbarung zustande zu bringen. Ich erkenne jedoch an, daß die Antwort von dem Wunsche diktiert ist, die Vorschläge für den gegenseitigen Sicherheitspakt, der von der deutschen Regierung ausging, von der englischen Regierung begrüßt und von den verbündeten Regierungen Frankreichs und Belgiens im Ton freundschaftlichen Entgegenkommens beantwortet wurde, weiter zu fördern. Da es offenbar im Interesse der großen europäischen Nationen liegt, von der Vergangenheit loszukommen, ist zu berücksichtigen, daß die Verhandlungen der Sicherheitsfrage und die Behebung des Gefühls der Furcht vor einer künftigen drohenden Gefahr, die den Weltfrieden wiederum erschüttern könnte, eine fühlbare Erleichterung nicht nur bei denjenigen Nationen hervorgerufen würde, die von dem Pakt, an dem sich die englische Regierung beteiligen will, unmittelbar berührt werden, sondern eine fühlbare Erleichterung in der ganzen Welt, und ich hoffe, daß dann auch andere Völker ermutigt werden, sich dem Weltfrieden anzuschließen.

Chamberlain führte weiter aus, die Unterstützung Englands sei notwendig, um die schwebenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Es darf nicht angenommen werden, erklärte Chamberlain, daß wir an den Beziehungen unserer Nachbarn zuwider, an ihrer Sicherheit oder an dem Frieden Europas kein Interesse hätten. Von mancher Seite hat man sich dagegen verwahrt, daß wir die bestehenden Grenzen zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits in irgendeiner Form garantieren wollen. Es muß aber betont werden, daß die Unversehrbarkeit dieser Grenzen die Grundlage unseres eigenen Schutzes bildet. Es steht in unserer Macht, durch Übernahme der Garantie für dieses Abkommen Frankreich und Belgien ebenso wie Deutschland das Maß von Vertrauen zu vermitteln, daß diese Mächte in einem Vertragswerk, an dem wir nicht beteiligt sind, nicht finden könnten.

W. London, 26. Juli. (Tel.) In der bereits gestern kurz mitgeteilten Rede über die außenpolitische Lage führte Premierminister Baldwin in Knowlesy u. a. weiter aus: Die Stabilität in Europa ist nicht nur für das politische, sondern auch für das wirtschaftliche und industrielle Leben von Interesse. Wir und Frankreich wünschen, daß Deutschland so bald wie möglich in den Völkerbund eintritt. Wenn es einmal Mitglied des Bundes auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung ist, werden alle vor uns liegenden Probleme eine neue und klarere Gestalt gewinnen. Von allen Streitigkeiten, internationalen wie inneren, hat man den Eindruck, daß man auf einem toten Punkt angekommen ist. Nicht wenig von den scheinbar unlöslich verteilten Verhältnissen steht im Zusammenhang mit jenem fortwährenden Verfahren, daß man „sein Gesicht wahren“ nennt. Der Sekretär des Auswärtigen hat in seinen Reden erklärt, daß wir den Sicherheitspakt nicht so auffassen, als ob er uns neue Verpflichtungen auferlegt, die zu den Verpflichtungen hinzutreten, die uns als Unterzeichner der Völkerbundscharte obliegen. Die vorgeschlagenen Vereinbarungen sind im Geiste der Völkerbundscharte abgefaßt und befinden sich in Uebereinstimmung mit dem Bunde. Ich begrüße es daher, daß in der deutschen Antwort diese beiden Probleme, die untrennbar mit dem Sicherheitspakt und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verbunden sind, in Ver-

bindung gebracht werden. Es ist wahr, daß Deutschland noch immer mißtrauisch ist, wenn es von der Gefahr spricht, eine entwaffnete Nation inmitten bewaffneter Nachbarn zu sein. Deutschland hat das Recht, über diese Dinge gehört zu werden, wenn es Mitglied des Völkerbundes ist. Es kann dann den Großmächten gegenüber treten, damit diese unnötige Verzögerung dazu übergehen, die Frage der Abrüstung, die einen Teil der Völkerbundscharte selbst bildet, zu erwägen. Wir haben noch einen langen Weg vor uns, bevor wir den Frieden Europas sichern können, aber wir machen Fortschritte, und wir erkennen an, — wie dies auch die Franzosen tun — daß es drei Stappen zum Frieden gibt: Sicherheit, Schiedsspruch und Abrüstung. Wir entwerfen jetzt die Maßnahmen für die Sicherheit, die auch bei der Einsetzung der Schiedsgerichtsbarkeit helfen werden.

Wenn wir diese beiden Stappen erfolgreich zurücklegen, werden wir schon viel getan haben, um die Inangriffnahme der größeren Frage, der Verminderung und Einschränkung der Rüstungen vorzubereiten, wozu die Mächte, die den Versailles Vertrag unterzeichnet haben, sämtlich verpflichtet sind. Wir selbst haben einen beträchtlichen Anfang mit der Verminderung unserer Rüstungen zur See auf der Washingtoner Konferenz gemacht. Wir haben unsere Rüstungen zu Lande unter Vorkriegsmaß vermindert und unsere Luftmacht ist nur gering im Vergleich mit der mancher anderer Länder. Das Problem ist ungemein schwierig, wie jeder gemerkt hat, der sich damit beschäftigt, aber wenn wir die überwältigende Bürde des Mißtrauens und der Angst, die auf den Ländern Europas lastet, beseitigen können, dann können wir auch diese letzte Etappe des Weges beschreiten mit der berechtigten Hoffnung, das Ziel zu erreichen.

Englisch-französische Verhandlungen über die deutsche Note.

W. London, 26. Juli. (Tel.) Reuter erzählt, daß zwar kein förmliches Schreiben an die französische Regierung abgegeben wurde, daß aber die britische Regierung ihrem Pariser Botschafter, Lord Crewe, Mitteilungen gemacht habe, die es ihm ermöglichen werden, die Erörterungen mit der französischen Regierung über die deutsche Sicherheitsnote fortzusetzen. Der Meinungsaustrausch zwischen London und Paris wird weitergeführt werden, aber es erscheint zweifelhaft, ob es möglich sein wird, bereits in den nächsten Tagen irgendwelche Fortschritte zu machen. Es verlaute weiter, daß noch nichts Bestimmtes festgelegt ist, wie die französische Regierung die deutsche Note behandeln wird.

Die chinesischen Wirren.

Rein Boykott der Schanghai-Handelskammer gegen England und Japan.

Schanghai, 26. Juli. (Tel.) Die hiesige chinesische Handelskammer erwachte die Agentur Reuter um Verhinderung der Meldung, daß die Handelskammer den Boykott gegen England und Japan beschlossen habe, und erklärte, sie wünsche allen ausländischen Geschäftsleuten die Versicherung abzugeben, daß der Verwaltungsrat keine ungesegnete Maßnahme in Erwägung gezogen hat oder in Erwägung ziehen wird. Er hoffe aufrichtig, daß eine rasche Erledigung der Zwischenfälle vom 30. Mai auf der Grundlage der internationalen Gerechtigkeit erfolgt. Die moralische Unterstützung durch ausländische Freunde inner- und außerhalb Chinas sei dringend erwünscht und werde dankbar begrüßt werden.

Washington, 26. Juli. (Tel.) Präsident Coolidge hat Staatssekretär Mellon angewiesen, zugunsten der „China Foundation“ auf alle Zahlungen zu verzichten, die für die Boykottschädigung nach dem 1. Oktober 1917 eingegangen seien. Die Foundation soll bekanntlich die Summen zur Förderung der Erziehung in China verwenden. Ursprünglich betrug die Entschädigung 24 440 000 Dollar, die später auf 13 065 000 herabgesetzt wurde. Der jetzt gestrichene Betrag stellt den Rest von Amerikas Forderungen dar.

Der Einfluß des Präsidenten, im Namen des Landes auf den Amerika zutreffenden Teil der Boykottschädigung zu verzichten, ist von dem Wunsche diktiert, der chinesischen Nation zu beweisen, daß Amerika an ihre Fähigkeit glaube, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Zugleich hofft man, daß diese Geste zur Beruhigung des fremdenhässigen Beitrags dürfte. Der schon vor vielen Jahren von Amerika ausgesprochene Vorzicht auf die erste Hälfte der Boykottschädigung hat damals in China großes Aufsehen hervorgerufen und sehr viel zur amerikanfreundlichen Haltung Chinas beigetragen. Der jetzige Vorzicht auf den Rest der Entschädigung wird zweifellos eine ähnliche Wirkung haben. Es ist bemerkenswert, daß sich die Vereinigten Staaten gerade den jetzigen Augenblick zu ihrem chinefreundlichen Vorgehen ausgelacht haben.

Der neue Sowjet-Handelsvertreter in Deutschland.

W. Moskau, 26. Juli. (Tel.) Das Mitglied des Kollektivs des Volkskommissariats für Außenhandel, Karl Begge, wurde zum Handelsvertreter der Sowjet-Union in Deutschland ernannt.

Der Wiederaufbau von Yokohama.

※ Tokio, im Juli.

Wir sahen am späten Nachmittage in der dümmrigen Halle des Imperial-Hotel, als mein Gegenüber sich plötzlich unterbrach und lächelnd fragte: „Spüren Sie?“ Nein, ich hatte nichts gespürt. Aber ich sah, daß die elektrische Hängelampe, wie von unsichtbarer Hand berührt, leise auf und nieder schwankte und das geöffnete Fenster kaum merklich zitterte. Unter den Boys, welche in der Halle schweigend zusammenstanden, entstand keinerlei Bewegung. „Die Japaner haben bewundernswerte Nerven“, sagte Herr B., „wir Europäer, soweit wir das große Erdbeben mitgemacht haben, sind alle nervös geworden. Es geht uns wie einem Reisenden, der einmal ein Zugunglück mitgemacht hat und nun bei jedem unerwarteten Ruck instinktiv die Reine hochzieht. Jeder Stoß ruft den Gedanken an neue Katastrophen wach.“ Wir sprachen über das Erdbeben und Herr B. erzählte selbsterlebte Einzelheiten aus den Schreckenstag.

In den nächsten drei Tagen folgten zwei neue Erdstöße, von denen der letzte so heftig war, daß die Gläser klirrend gegeneinander fielen; ich befand mich damals in Kobe und am nächsten Morgen erzählten Extrablätter von dem schweren Erdbeben, das die Umgegend von Osaka heimgesucht hatte. Wie immer bei so unerwarteten Vorfällen, durchschwirten die wildsten Gerüchte die Luft. Osaka, die zweihundertmillionenstadt, sollte in Flammen stehen, in den Trümmern Mord und Milderung regieren. Zeigte doch der Seismograph einen stärkeren Ausschlag als bei dem großen Erdbeben von Yokohama! Dann wurden die Meldungen eindeutiger: Nur einige Vororte von Osaka waren betroffen worden, der Mittelpunkt des Bebens hatte weiter einwärts, in spärlich bewohnten Gebieten gelegen. Alles atmete auf, das Unheil war um Haarsbreite an der Wirtschaftsmetropole Japans vorbeigegangen. Was bedeuteten ein paar hundert Tote und einige zerstörte Dörfer bei dem Gedanken daran, was hätte entstehen können, wenn das Erdbeben einige Meilen weiter westlich eingekeilt! Die Ereignisse von Tokio wären überboten worden mit all ihren Schrecken und ihren wirtschaftlichen und politischen Folgen.

Ein Besuch der Unglücksstätte war den Behörden offensichtlich unangenehm und wäre kaum lohnend gewesen, nachdem der Telegraph erst vor so kurzer Zeit die Welt mit den so viel größeren Schreckensnachrichten von Yokohama übersättigt hat. Nirgendwo in der Welt kann man besser, als in Yokohama, die Wirkungen studieren, welche die Zuckungen der Erdkruste auf die schwachen Gebilde der Menschenhand üben. Wer sich von der See her Yokohama nähert, erblickt noch heute, 18 Monate nach dem Erdbeben, ein riesiges Trümmersfeld. Freilich hat man den Schutt beiseite geräumt und die Straßen notdürftig wieder in Stand gesetzt. Aber rechts und links vom Wege ist nichts zu sehen, als die fuchshohen Grundmauern der ehemaligen Steinbauten, mit einem Drahtgitter umzogen und einem Namensschild versehen. „Grand Hotel.“ Hier spielte sich gräßliche Szenen ab, welche so viele Fremde das Leben kostete. „Chartered Bank.“ In einem Winkel der alten Anlage ist ein Notbau errichtet, welcher den gegenwärtigen Bedürfnissen offenbar zu genügen scheint. Rahl und felsam wie ein Mammut ragt das Betongerippe eines Lagerhauses empor, das am Tage des Erdbebens halbfertig war und nie ganz fertig wurde. Um den Hafenzugang drängen sich eine Hand voll Holzbaracken zusammen; hier sind die großen Schiffshebewerke und einige Konfulate notdürftig untergebracht. Wunderlich verloren weht die holländische Flagge über einem armseligen Wellblechdach. „Quake-Cafe“ steht über einem kleinen Häuschen; hier serviert man den wenigen Europäern ihr Mittagmahl. Die Hafenanlagen sind einigermaßen wieder in Stand gesetzt; riesige Spalten an den Lagerhäusern sind notdürftig mit Ziegeln und Kalk zugestopfen worden. Der Hafen genügt fast wieder den Anforderungen, die gegenwärtig an ihn gestellt werden. Der größte Teil des Exportes und fast 50 Prozent des Importes ist nach dem Erdbeben nach Kobe abgewandert, was aus dem Unglück Yokohamas nicht geringen Nutzen zieht, ebenso wie die zahlreichen fremden Firmen welche der Wiederaufbau beschäftigt. Riesige Mengen Baumaterial sind an den Quais aufgeschichtet: Stabeisen, Schienen, Bruchsteine und vor allem Holz. Vorräufig will man sich so mit provisorischen Holzhäusern zufrieden geben, bis die endgültigen Aufbaupläne fertig vorliegen. So wird das Bild der neuen Stadt, die schon früher eine wenig harmonische Mischung von Monumentalbau und Provisorium war, auf lange Jahre hinaus gewahrt bleiben. Ob sie je wieder ihre alte Bedeutung

Französische Angriffe in Marokko.

Bevorstehender Rücktritt Lyauteys?

Paris, 26. Juli. (Tel.) An der Marokkofront hat eine große französische Offensive eingesetzt. Die ersten Erfolge der französischen Truppen sind sehr bedeutend. In der nächsten Zeit dürfte die Offensive auf der ganzen Front ausgenutzt werden.

Ueber die Lage an der französischen Marokkofront wird aus Paris vom 24. Juli amtlich gemeldet: Die Befreiung des Ughatates macht Fortschritte. Durch die Operation einer französischen mobilen Truppe, die von Ain Aicha ausgegangen ist, sind 20 Kilometer westlich von Med Ali trotz lebhaften Widerstandes des Feindes vorgestoßen, ist ein Gebiet von fast 75 Kilometern nördlich von Fez befreit worden. In der Nord- und Ostfront hat eine französische mobile Truppe gegen Bad und auf den anderen Frontabschnitten herrscht Ruhe. Der Rückzug der regulären Truppen nach Norden, der zur Folge hat, daß die Stämme sich selbst überlassen bleiben, verursacht bei diesen ein Gefühl tiefer Beunruhigung und vermehrt die Furcht, die ihnen die Anwesenheit französischer Truppen ohne Unterbrechung einflößt. Einige Stämme des nördlichen Ughata haben sich dem Eindruck des französischen Erfolges eilig ihren Rückmarsch nordwärts fort. Andere Stämme verpflichten sich zu wohlwollender Neutralität, wodurch sie ihre vollständige Unterwerfung vorbereiten dürften.

Paris, 26. Juli. (Tel.) Nach dem „Matin“ scheint eine Änderung des Oberkommandos in Marokko bevorzustehen. Bétain sei dafür, General Naulin unter den Befehl des Residenten zu stellen, aber Lyauteys Gesundheitszustand werde die Ernennung eines anderen Residenten notwendig machen.

Paris, 25. Juli. (Tel.) Dem „Journal“ wird aus Madrid gemeldet, daß zwei französische Patrouillen-Schiffe ein großes Motorschiff versenkten, das in der Richtung auf Gibraltar fuhr, weil die Besatzung auf die Signale der französischen Patrouillenschiffe keine Antwort gab. Die Besatzung ist untergegangen.

Paris, 25. Juli. Die Morgenblätter melden aus Paris: Wie der Havasagentur aus Casablanca berichtet wird, ver-

bekanntgegeben werden sollen. Soviel kann jedoch schon heute gesagt werden, daß die etwa noch notwendig werdenden Programmänderungen so unbedeutend sind, daß sie an einem glatten Verlauf der Tagung keinen Zweifel lassen.

Die Besprechungen in der Reichskanzlei

Berlin, 25. Juli. (Tel.) Im Zusammenhang mit den Besprechungen der Arbeitgeber des Ruhrkohlenbergbaues und der Eisenindustrie beim Reichskanzler sollen am nächsten Dienstag den Blättern zufolge, beim Reichsarbeitsminister gemeinsame Beratungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Ruhrkohlenbergbaues und der Eisenindustrie stattfinden. Am Mittwoch wird voraussichtlich der Reichskanzler eine Vertretung der Arbeiterschaft empfangen, um mit ihr den ganzen Fragenkomplex zu besprechen.

Lord Curzons Testament.

Kostbare Vermächtnisse für den englischen Staat.
London, 25. Juli. Der bei den Seiten so scharf angegriffene Lord Curzon wird heute, nach Veröffentlichung seines Testaments, als einer der größten Wohltäter der Nation gefeiert. Lord Curzon, der seiner Zeit zwei der schönsten mittelalterlichen Schlösser Englands, Bodiam-Castle in Sussex und Latimer-Castle in Lincolnshire, gekauft und aus eigenen Mitteln renoviert hat, hat diese dem englischen Staat vermacht, desgleichen seine überaus wertvollen orientalischen Sammlungen sowie die in seinem Besitz befindlichen Reliquien Napoleons und Nelsons. Es ist unmöglich, schreibt „Manchester Guardian“, das Testament Lord Curzons nicht zu bewundern, der sein Leben lang wie ein Treuhänder englischer Interessen gehandelt und dies in seinem Testament bestätigt hat.

Von Nah und Fern.

Der Einbrecher als Geschworener.

Leipzig, 26. Juli. Bei einer Verhandlung vor dem Leipziger Schöffengericht gegen den Schmied Karl Grunewald wegen Einbruchs wurde eine merkwürdige Entscheidung gemacht. Der Angeklagte, der mit seinem Freunde Kunze auf dem Rittergut Otterwisch bei Leipzig Fenster und Türen erbrochen und Treibriemen, neun Säcke Hafer und Korn und 20 Hühner gestohlen hatte, war während seiner Einbrecherzeit gleichzeitig Geschworener beim Leipziger Schöffengericht. Er hat sich damals sogar mit den übrigen Geschworenen in der harmlosesten Weise über die Einbrüche unterhalten. Grunewald war auch Vorsitzender des Arbeiterturnvereins und Führer einer roten Hundertschaft in Otterwisch gewesen. Bei Durchsuchung seiner Wohnung wurden ein Revolver, 40 Schärfe Patronen und 6 Dietriche gefunden. Grunewald wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Tagung des deutschen Stenographenbundes Gabelsberger.

München, 26. Juli. (Tel.) Die Tagung des deutschen Stenographenbundes Gabelsberger wurde in München durch eine Bundesvertreterversammlung eröffnet. Die Versammlung stellte sich in einer mit überwältigender Mehrheit angenommenen Entschließung auf den Boden der deutschen Einheitskurzschrift.

Dr. Eugen Klian.

München, 26. Juli. Der frühere Oberregisseur und Dramaturg der Münchner Hofbühne, Dr. Eugen Klian, ist gestern im Alter von 63 Jahren gestorben.

Fünf Todesopfer einer Spielerei.

Karlsruhe, 24. Juli. (Tel.) Gestern Abend führten fünf Mädchen zu ihrem Vergnügen mit der Drahtseilbahn eines Werkes bei Langenbrand, die ein Arbeiter hierzu in Gang gesetzt hatte. Plötzlich saute der Förderseilzug mit den Mädchen in die Tiefe. Durch den Absturz wurden drei Mädchen sofort getötet, während die zwei anderen noch im Laufe der Nacht ihren schweren Verletzungen erlagen. Der Arbeiter selbst liegt mit lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus.

Große Feuersbrunst in einem lothringischen Dorfe.

Berlin, 25. Juli. Das B. L. meldet aus Saarbrücken: In dem lothringischen Dorfe Mittersheim bei Saarburg wütete eine große Feuersbrunst, die sieben Anwesen mit großen Entensvorräten vollständig einäscherte. Der Brand wurde nachmittags 5 Uhr durch einen vierjährigen Knaben angelegt, der in Abwesenheit der Mutter mit Streichhölzern gespielt hatte.

läßt General Colom bat, einer der bekanntesten Truppenführer in Marokko seinen Posten. Er sei un päßlich und müsse sich zur Erholung nach Wigny begeben.

Noch keine Antwort Abd el Krims auf Frankreichs Friedensvorschläge.

Paris, 26. Juli. (Tel.) „Petit Parisien“ berichtet, wie bekannt, habe Abd el Krim auf die ihm unterbreitete Frage, ob er die Friedensbedingungen Frankreichs und Spaniens kennen lernen wolle, weder der französischen noch der spanischen Regierung irgendeine Antwort zugehen lassen. Die an Privatpersonen gerichteten Briefe, seien sie auch noch so authentisch, könnten nicht als eine Antwort aufgefaßt werden. Es sei möglich, daß noch eine Mitteilung an Abd el Krim ergehen werde, damit kein Zweifel über seine Absichten bestehe, bevor Frankreich und Spanien stärkere militärische Kräfte einsetzen. Inzwischen habe die Konferenz von Madrid ihre Arbeiten beendet und General Primo de Rivera werde nach dem Riß reisen, während sich Marschall Bétain nach Ceuta und Tetuan begeben werde, um mit dem Vorsitzenden des Direktoriums über die französisch-spanische militärische Zusammenarbeit, die demnächst in Erscheinung treten werde, zu beraten.

Graf Romanones gegen das französisch-spanische Marokko-Abkommen.

Madrid, 26. Juli. (Tel.) Die Tageszeitung „Libertad“ veröffentlicht ein Gespräch mit dem Grafen Romanones, worin dieser erklärt, die gemeinsame Aktion mit Frankreich sowie die Befragung von Alhucemas und die Wiederbefragung von Tauen dürften nicht ausgeführt werden, da sie nicht im spanischen Interesse lägen. Ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich wäre im Sommer 1924 richtig gewesen, heute, nach der Verringerung der spanischen Truppen und nachdem die Rißstaaten entstanden seien, würde Spanien außer den festen Plätzen nur ein unbedeutendes Hinterland bleiben.

Im Anschluß an diese Ausführungen des Grafen Romanones veröffentlicht „Libertad“ eine Entgegnung des Präsidenten des Direktoriums, in der die Anklage Romanones' scharf zurückgewiesen und weiter gesagt wird, daß diese Ausführungen an Landesverrat grenzten.

Buchdruckerstreik in Brüssel.

Frankfurt a. M., 25. Juli. (Tel.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Brüssel, daß 15.000 Buchbinder, Buchdrucker und Seher in den Streik getreten sind. Sie verlangen einen wöchentlichen Lohnzuschlag von 25 Franken und acht bezahlte Ferientage im Jahr.

Schwere Gewitterschäden in Frankreich.

Paris, 26. Juli. (Tel.) Ueber Paris ist gestern wieder ein schwerer wolkenbruchartiger Regen niedergegangen, der in den Vorstädten Ueberschwemmungen zur Folge hatte. Verschiedene Untergrundbahnhöfe mußten vorübergehend geschlossen werden. Der Kernspeicherwerk unterliegt schweren Störungen. Auch aus der Provinz wird gemeldet, daß neue Gewitter an der Ernte großen Schaden anrichteten. Bei Lorient wurde ein Schiffer vom Blitzstrahl getötet. In der Gegend von Nantes wurden drei Personen vom Blitzstrahl erschlagen.

Ein Schloß des Herzogs von Montpensier niedergebrannt.

Paris, 26. Juli. (Tel.) Wie aus Clermont-Ferrand gemeldet wird, geriet ein fürstlicher Brand das Schloß Randon des Herzogs von Montpensier. Das Schloß enthielt Kunstwerke von außerordentlichem geschichtlichen Wert, namentlich eine Spitzenammlung, deren Wert auf mehrere Millionen Franken geschätzt wurde.

Polnisches Verbrechen in Paris.

Paris, 25. Juli. Die Gefängnisse von Paris sind wie alle öffentlichen Gebäude dieser Stadt mit Ausländern überfüllt. Während aber die Theater, Restaurants und vor allem die Cafés ein buntes Rassengemisch aufweisen, zeigen die Gefängnisse ein fast einheitliches Bild. Hier überwiegt das polnische Element, seit es der Polizei gelungen ist, im Laufe der beiden letzten Jahre nach und nach 60 Mitglieder einer polnischen Bande aus dem Quartier St. Paul hinter Schloß und Riegel zu bringen. Gestern Abend sind zwei weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Nach 15 Verbrechen wird noch gefahndet. Je zehn Morde sind der Bande bisher nachgewiesen, über 12 ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Dazu kommen 107 Einbrüche, bei denen die Urheberhaft der Polen nachgewiesen ist.

Wiedereinführung der Getreidezölle in Italien.

Rom, 25. Juli. (Tel.) Zur Förderung des inländischen Getreidebaues hat der italienische Ministerrat die Wiedereinführung von Getreidezöllen und eine Reihe anderer Maßnahmen, wie z. B. die Verteilung von Prämien für Urbarmachung unbauten Gebieten in Süd-Italien beschlossen. Der Landwirtschaft sollen ferner Kredite und andere Vergünstigungen gewährt werden. Man hofft, die Getreideeinfuhr in diesem Jahre auf ein Mindestmaß beschränken zu können.

Glücksfischer Raubmord.

Belgrad, 25. Juli. (Tel.) In einem Ort bei Kragejewac drangen maskierte Räuber in das Haus eines Kaufmanns, töteten den Kaufmann, seinen Sohn, seine Schwiegertochter und eine Lehrerin sowie die hochbetagte Mutter. Dann durchstöberten die Räuber das Haus nach Wertgegenständen, ohne eine nennenswerte Beute zu machen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Gute Ernte in Bulgarien.

Sofia, 26. Juli. (Tel.) Nach einer amtlichen Feststellung beträgt die Ernte der Wintergetreide in diesem Jahre 2.654.000 To. gegenüber 1.130.000 To. im Vorjahre. Das Ergebnis der Sommergetreide stellt sich auf 3.500.000 To. gegenüber 1.950.000 To. im Jahre 1924. Es dürften also im ganzen 6.140.000 To. gegenüber 3.080.000 To. im vorigen Jahre geerntet werden, also sogar mehr als in den ausgezeichneten Erntejahren 1906 und 1911. Nach Abzug des eigenen Bedarfs Bulgariens bleiben 1 Million To. für die Ausfuhr; im Vorjahre wurden 258.000 To. ausgeführt.

Hungersnot in Yunnan.

Paris, 26. Juli. (Tel.) Wie Savas mitteilt, berichtet das in Sanoel erscheinende Blatt „France Indochine“, daß in der Provinz Yunnan die Lage infolge des Döhlenschwindens der hauptsächlichsten Lebensmittelvorräte immer schwieriger wird. Hungersnot, Mord und Plünderung nehmen immer mehr zu.

Die Ueberschwemmungskatastrophe in Korea.

Tokio, 26. Juli. (Tel.) Nach amtlichen Berichten, die hierher gelangt sind, ertranken bei der jüngsten Ueberschwemmungskatastrophe in Korea 436 Menschen, 215 werden vermisst.

Grubenunglück in den Ber. Staaten.

Newport, 25. Juli. (Tel.) Bei einem Grubenunglück im Staate Illinois wurden 20 Bergarbeiter verunglückt. Es gelang, 10 von ihnen zu retten, von den anderen glaubt man, daß sie tot sind.

erlangen wird, hängt von der Energie der japanischen Wirtschaftskräfte und der Mitwirkung des Auslandes ab. Die wirkliche Höhe der Verluste bei der großen Katastrophe, welche Tokio und Yokohama gemeinsam betroffen hat, schwankt noch heute im Streit der Meinungen. Ein Mittel aus den amtlichen und nichtamtlichen Ziffern ergibt eine Viertelmillion Todesopfer und 10 Milliarden Mark Wertverluste. Das sind die Verluste eines verlorenen Krieges; auch die außenpolitischen Folgen kamen denen einer schweren militärischen Niederlage gleich.

Während man noch in den Trümmern von Yokohama nach verschütteten Opfern sucht, wurde in Washington der sensationelle Spruch verhängt, welcher die Japaner ausdrücklich und endgültig vom Boden der Vereinigten Staaten ausschließt. Es ist kein Zweifel, daß dieses Ereignis in jedem anderen Augenblick einen Krieg zwischen Amerika und Japan heraufbeschworen hätte; zu sehr ist das Weltprestige Japans mit dieser Frage verknüpft. Wie ein zweites Naturereignis traf dieser Schlag das Land. Wohl verlangten einige Stimmen auch jetzt noch den Krieg; aber die Regierung dämpfte die Empörung. Wenn ein Angriffskrieg gegen das weitestferne und wohlbeschildete Land ohnehin ein solches Unternehmen war, so doppelt in diesem Augenblick, wo die Hauptstadt und die wichtigste Hafenstadt des Landes in Trümmern lagen. Obgleich hatte die aggressive Politik in China das Land in den Jahren nach dem Weltkrieg völlig isoliert. Diese Isolierung hatte Japan schon seine wertvolle Kriegeswerbung, Tientsin, gelöst. Japan hätte in einem neuen Kampfe die Mandchurie und vielleicht auch Korea aufs Spiel gesetzt. So mußte es die bittere Pille wortlos hinunterschlucken.

Vor einiger Zeit barg das Imperial-Hotel einen namhaften Gast, der viel von sich reden machte, Viktor Kopp, der Bevollmächtigte der Vereinigten Sowjetrepubliken. Nach schwierigen Verhandlungen, die mehrmals zu Scheitern drohten, ist es endlich gelungen, eine gemeinsame japanisch-russische Basis zu finden, die eine vorläufige Zusammenarbeit möglich macht. Zweifellos hat bei der Nachgiebigkeit Japans der Wunsch mitgesprochen, endlich aus der gefährlichen Isolierung herauszukommen, welche ihm politisch die Hände gebunden hält. Ein japanisch-amerikanischer Konflikt ist wieder in greifbare Nähe gerückt. Japanische Studenten erzählen offen in den Blättern von ihrer unfreundlichen Aufnahme in Amerika, die amerikanischen Touristen, welche sonst in jedem Frühjahr Japan überfluten, sind in diesem Jahre ausgeblieben. Die beiderseitigen Vorurteile verdrängen in großen Versammlungen die ungeprüfte Freundschaft ihrer Nation zur anderen und rufen gerade dadurch den Verdacht des Gegenteils wach. Immerhin darf die Bedeutung des russischen Bündnisses nicht überschätzt werden; zu groß ist die Furcht vor dem Bolschewismus in Japan und das Misstrauen der Russen gegen den japanischen Imperialismus. Bei dem Kopp bei einem Journalistenempfang in Tokio darauf hingewiesen, daß es eine mandchurische Frage gäbe, an der die japanisch-russische Freundschaft zu Brüche kommen könnte! Es hat allen Anschein, daß sich Japan eher von seinen großen Erdbeden erholen wird, als von den Folgen der zweiten großen Erschütterung, welche dem Erdboden gefolgt ist!

Ein neuer Gewaltakt der Sowjets?

Füßlerung von 18 ehemaligen Zaristenhülern. — 60 Deportierte und Gefangene.

Paris, 25. Juli. In der Nacht zum 3. Juli sind in Petersburg, wie der „Matin“ berichtet, 18 frühere Schüler des ehemaligen kaiserlichen Lyzeums ohne Urteil festgesetzt worden, 60 andere seien nach dem äußersten Norden Russlands deportiert oder ins Gefängnis gebracht worden. Die Verurteilung sei erfolgt, weil man in Paris gegen das Sowjetregime ein Komplott entdeckt haben will und weil man hier für die früheren Schüler des Lyzeums, die sich größtenteils in großem Elende befinden, eine Kollekte veranstaltet habe. Unter den Festgesetzten befand sich der letzte Präsident des letzten zaristischen Ministeriums, Fürst Nikolai Salizhin, ein Mann im Alter von 76 Jahren. Man muß dem „Matin“ die volle Verantwortung für diese Nachricht überlassen.

Danzig-polnische Einigung über die Einfuhr deutscher Waren.

Danzig, 25. Juli. (Draht.) Die Danzig-polnischen Verhandlungen über die Einfuhr deutscher Waren gegenüber dem Deutschen Reich, die auf deutscher Seite von dem Senator Frank, auf polnischer Seite von dem Abteilungschef im Handelsministerium Siebenich geführt wurden, wurden heute zum Abschluß gebracht. Sie haben in allen Punkten zu einer Einigung geführt, die in einem Protokoll niedergelegt ist. Danach ist der Bezug der für die Einfuhr verbotenen deutschen Waren für den Eigenbedarf Danzigs im Rahmen von Kontingenten und auf Grund von Einfuhrbedingungen der Danziger Außenhandelsstelle sichergestellt.

Danzig, 25. Juli. (Draht.) Wie wir erfahren, beendete gestern die Kommission des Völkerbundes für die Abgrenzung des polnischen Postdienstes im Danziger Hafen ihre Arbeiten. Die Mitglieder begaben sich über Warschau und Wien nach Genf. Ueber die Bekanntgabe des von ihnen zu verfassenden Gutachtens verlautet noch nichts.

Dr. Eckener über Luftschifflinien.

München, 26. Juli. (Tel.) Anlässlich der Deutschen Verkehrsausstellung in München hielt Dr. Eckener einen Vortrag über internationale Luftschifflinien. Dr. Eckener führte in seiner Rede u. a. aus: Während das Flugzeug von fast allen Staaten gefördert wird, ist das Luftschiff durch das Diktat der Siegerstaaten in Deutschland, in dem einzigen Lande seiner Zukunft, ausgeschaltet. Dem Flugzeug gehören Strecken bis 2000 Km., dem Luftschiff dagegen Entfernungen größten Ausmaßes und das Meer. Trotz der durch ein Luftschiff zu erzielenden großen Reiseverkürzung konnten bisher die nötigen Geldmittel für eine Unternehmung dieses Verkehrs nicht aufgebracht werden, weil das Kapital an die Rentabilität der Luftschifflinien nicht glaubt. Da ich die Amerikafahrt mit dem Z. N. 8 nicht dreimal durchführen konnte, so muß ich jetzt nach einem anderen Weg suchen, um die Leistungsfähigkeit des Zeppelins zu beweisen. Ich bin aus diesem Grunde auf die Durchführung einer Nordpolfahrt mit dem Zeppelin gekommen, wobei ich bemerken möchte, daß eine Verbindung mit Amundsen nicht erfolgt ist. Andererseits ist es aber nötig, die Zusammenarbeit mit großen Männern zu fördern, wenn man als Politiker sein Volk wieder hochbringen will.

Zum Katholikentag in Stuttgart.

Keine Beeinträchtigung der Tagung durch den Einsturz der Stadthalle.

Stuttgart, 25. Juli. Durch den Einsturz der Stadthalle in Stuttgart wird die Abhaltung des Katholikentages nicht beeinträchtigt werden, so beaurteilt auch das Mißgeschick der Ausstellungs- und Tagungshalle ist, welche der Generalversammlung der Katholiken durch Bereitstellung der Halle ein würdiges Heim bieten wollte. Der Hauptauschuß des Lokalkomitees hat nun Beschlüsse gefaßt, welche im einzelnen noch

Die neu

Der K
afgelaufen
einige Men
genommen.

Zahlen vie
statt daß h
handelt un
Gestaltung
gespielt. E
der öffentli
volle unter
Mehrheit d
wert ist au
eines einse
sondern ein
partei und
hat. Die
dieser Frage
Sie hat An
bezwecken,
deutungslos

Bei den
sehr umstr
a b g e s c h
Frage war
briar 1924,
mehr fand
schlossen w
Diese Ver
tungen no
da Verträge
dagegen gr
20 Jahre ge
Dieser un
nicht länger
indem entw
träge ausge
fortige Aus
Daher blieb
neue Verträge
träge ausge
worden sind.

Ein wei
Volkswirtsch
gestrichen ha
Pachtung
nicht für un
Grund zur f
liegt. Das
die Pachtun
daß die Besti
den des H
der einen Se
hilfe gefie
davor gefie
Bestimmung
Erschließun
sehen, daß be
über 500 M
werden muß.
Beschwerde be
denen es der
fugnis hat v
einzelner tat
stimmungen t

Wenn im

genstellun
321.000 Wag
Wagen wenig
daß der wertf
Juni zwei fa
brachte der
gangs-Gil
von 60 km/h
und den Verke
zu bedienen u
Lage nach der
gen wie Köln
Wirkung im
buch, das wi
entfällt, ist ne
auch der Allge
sonenverke
Die geleiste
sonenverkehr
26
alge 283.000
Wagenachfoll
verkehr 1.249
2.015.882.000
haben sich die
I. Einnahmen
127.963.000 M
3. Sonstige
380.012.000 M

Die De

Wenn im
genstellun
321.000 Wag
Wagen wenig
daß der wertf
Juni zwei fa
brachte der
gangs-Gil
von 60 km/h
und den Verke
zu bedienen u
Lage nach der
gen wie Köln
Wirkung im
buch, das wi
entfällt, ist ne
auch der Allge
sonenverke
Die geleiste
sonenverkehr
26
alge 283.000
Wagenachfoll
verkehr 1.249
2.015.882.000
haben sich die
I. Einnahmen
127.963.000 M
3. Sonstige
380.012.000 M

Die neue Novelle zur Pachtschulordnung.

Von Josef Hagemann, M. d. L.

Der Reichstag hat am 2. ds. Mts. die am 30. September abgelaufene Pachtschulordnung um zwei Jahre verlängert und einige Änderungen von den jetzt geltenden Bestimmungen vorgenommen. Die Frage des Pachtschulwesens ist in den letzten Jahren viel zu sehr zu einer politischen Frage gemacht worden, statt daß sie als eine sozialwirtschaftliche Angelegenheit behandelt würde. In den letzten Monaten haben sich um die Gestaltung der Pachtschulordnung leidenschaftliche Kämpfe abgepielt. Es ist daher zu begrüßen, daß dieser Streitpunkt aus der öffentlichen Diskussion vorläufig verschwindet und die Novelle unter der Beteiligung aller Parteien mit großer Mehrheit des Reichstages verabschiedet worden ist. Begrüßenswert ist auch vor allem, daß die Novelle nicht den Charakter eines einseitig von der Linken beschlossenen Gesetzes erhalten, sondern ein großer Teil des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei dafür gestimmt hat. Die Deutschnationale Volkspartei hat in dieser Frage in den letzten Wochen stark hin und her geschwankt. Sie hat Anträge gestellt, die einmal eine radikale Verschärfung bezweckten, ein andermal die Pachtschulordnung bis zur Bedeutungslosigkeit abschwächen sollten.

Bei den Beratungen im Reichstag war vor allem die Frage sehr umstritten, ob die Pachtschulordnung auch auf neu abgeschlossene Verträge Anwendung finden sollte. Die Frage war akut geworden durch die Verordnung vom 13. Februar 1924, wonach die Pachtschulordnung keine Anwendung mehr fand auf Verträge, die nach dem 1. März v. J. abgeschlossen wurden, ausgenommen waren Feuerlingsverträge. Diese Verordnung hatte die Folge, daß kleinen Pachtschulungen nach und nach der gesetzliche Schutz entzogen wurde, da Verträge darüber fast immer kurzfristig abgeschlossen werden, dagegen große Pachtschulungen, die in der Regel auf 15 bis 20 Jahre gepachtet sind, unter der Pachtschulordnung blieben. Dieser ungerechte und unsichere Zustand konnte nicht länger bestehen bleiben. Er war aber nur zu beseitigen, indem entweder die Pachtschulordnung wieder auf neue Verträge ausgedehnt oder ganz aufgehoben wurde. Für eine sofortige Aufhebung ist keine Partei eingetreten. Daher blieb nur der Weg übrig, den Pachtschulungen wieder auf neue Verträge auszuweiten. Der Reichstag hat solche Verträge ausgenommen, die seit dem 1. März 1924 abgeschlossen worden sind.

Ein weiterer Streitpunkt war dadurch entstanden, daß der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages die Bestimmung gestrichen hatte, wonach Feuerlingsverträge von den Pachtschulungsämtern nicht verlängert oder ihre Kündigung nicht für unwirksam erklärt werden dürfen, wenn ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses vorliegt. Das Plenum des Reichstages hat diese Bestimmung in die Pachtschulordnung wieder eingefügt, aber sie dahin ergänzt, daß die Bestimmung nur gelten soll, wenn ein Verzeichnis des Feuerlinges vorliegt. Dadurch soll auf der einen Seite, dem Bauern die vertraglich festgesetzte Arbeitshilfe gesichert werden, während andererseits der Feuermann davor geschützt wird, daß trotz Erfüllung seines Vertrages die Bestimmung zu seinem Schaden angewandt werden kann. Von erheblicher ist noch eine weitere Änderung. Es ist vorgesehen, daß bei Verträgen mit einem jährlichen Pachtzins von über 500 Mark das Rechtsmittel der Berufung zugelassen werden muß. Bei allen übrigen Verträgen ist die Rechtsbeschwerde beibehalten mit der Maßgabe, daß in Fällen, in denen es der Rechtsmittelfrist notwendig erscheint, sie die Befugnis hat von Amts wegen eine Nachprüfung oder Vornahme einzelner tatsächlicher Feststellungen anzuordnen, die neuen Bestimmungen treten am 1. Oktober ds. Js. in Kraft.

Der Verfassungstag.

Berlin, 25. Juli. (Tel.) Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, für die Feier des Verfassungstages am 11. August für die gesamte Staatsverwaltung die gleichen Anordnungen zu treffen, wie im Vorjahre. Nach dem preussischen Amtlichen Preskript wird im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angeordnet, daß der Verfassungstag in allen Schulen begangen und dabei in einer würdigen Feier auf die geschichtliche Bedeutung dieses Tages eingehend hingewiesen wird. Unterricht findet an diesem Tage nicht statt. Wo der 11. August in die Ferien fällt, wird bei Beginn der Ferien, oder wo dies nicht mehr möglich ist, beim Wiederbeginn des Unterrichts eine entsprechende Feier veranstaltet.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft im Juni 1925.

Wenn im Juni nach den vorläufigen Ergebnissen der Wagenstellung bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft etwa 321 000 Wagen, gegenüber dem Vormonat also etwa 46 000 Wagen weniger gestellt wurden, so ergibt sich heraus, dennoch, daß der wertvolle Verkehr lebhafter geworden ist, da in den Juni zwei katholische Feiertage fielen. Im Güterzugverkehr brachte der Fahrplanwechsel eine Neuerung durch die Durchgangs-Güterzüge mit einer Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h. Die haben die Aufgabe, den Durchgangsverkehr zu bedienen und zu ermöglichen, daß die Frachten schon am Tage nach der Abgabe am Empfangsort selbst auf Entfernungen wie Köln-Berlin und Köln-Hamburg ausgeliefert werden können. Durch diese Einrichtung ist bereits eine belebende Wirkung im Güterverkehr zu beobachten. Das Güterverkehrsbuch, das wichtige Zugverbindungen für den Güterverkehr enthält, ist neu hergestellt worden und wird in der Neuausgabe auch der Allgemeinheit fälschlich zugänglich gemacht. Der Personenverkehr, insbesondere der Ausflugsverkehr, war infolge der günstigen Witterung lebhaft.

Die geleisteten Zugleistungen betrugen im Mai 1925: a) Personenverkehr 26 227 000, b) Güterverkehr 15 988 000, c) Dienstzüge 283 000, insgesamt 42 498 000 (April 1925: 40 636 000). Wagenachtkilometer: a) Personenverkehr 757 767 000, b) Güterverkehr 1 249 119 000, c) Dienstzüge 8 496 000, insgesamt 2 015 382 000 (April 1925: 1 953 422 000). Im Monat Mai 1925 haben sich die Betriebsergebnisse wie folgt gestaltet: I. Einnahmen der Betriebsrechnung: 1. Personenverkehr 127 963 000 Reichsmark, 2. Güterverkehr 227 415 000 Reichsmark, 3. Sonstige Einnahmen 34 634 000 Reichsmark, zusammen 390 012 000 Reichsmark. II. Ausgaben der Betriebsrechnung:

1. Persönliche Ausgaben (einschließlich der Löhne der Bahnunterhaltungs- und Werkstättenarbeiter) 199 399 000 Reichsmark, 2. Sachliche Ausgaben 89 442 000 Reichsmark, Zinsendienst 700 000 Reichsmark, zusammen: 289 541 000 Reichsmark. III. Außerordentliche Ausgaben 25 015 000 Reichsmark. Die Verkehreinnahmen sind im Monat Mai 1925 hinter den Erwartungen nur unbedeutend zurückgeblieben, so daß die Einnahmen, mit denen gerechnet wurde, fast erreicht sind. Auf dem Gebiete der Ausgabenwirtschaft wurde nach wie vor größte Zurückhaltung geübt. Dadurch wurde es möglich, planmäßig die Rückstellungen für die kommende Verzinsung der Reparationskreditverschreibungen vorzunehmen und die gezielte vorgezeichnete Ausgleichsrichtlinie anzukämpfen. Nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebnis der Einnahmen im Juni usw. kann damit gerechnet werden, daß die Gesamtwirtschaft der Reichsbahn im Geschäftsjahr 1925 planmäßig verläuft.

Unschuldig hingerichtet.

Berlin, 26. Juli. Die „Börsische Zeitung“ meldet aus Frankfurt: Als im Dezember 1914 der Kampf um das Münsterer Tal tobte und man um die Gegend von Münster und Wehrhagen mit Jähigkeit rang, passierte es einem jungen 21jährigen Wehrhagen aus Mitleid, daß er sich bei einem Gang zu einem Gutshofe in der Nähe von Wehrhagen verirrte und in den Bereich der französischen Linie kam. Er wurde von den Franzosen gefangen genommen und der Spionage bezichtigt. Man hielt ihm dabei vor, daß man Beweise dafür habe, daß ein Josef Tögle — dies war der Name des jungen Menschen — französische Stellungen ausgeklüffelt und an Deutsche verraten habe. Tögle bestritt, daß er mit Spionage befaßt zu haben, und wies darauf hin, daß sein Name im Münsterer Tal sehr verbreitet sei und daß es sich um eine Personenverwechslung handeln müsse. Er wurde aber trotzdem in seine Unschuld bis zum Ende betrauert, dem Kriegsgericht in Gertrudenberg am 29. Dezember 1914 wegen Spionage zum Tode verurteilt und kurz danach erschossen. Nach dem Friedensschluß betrieb der Vater des Unglücklichen, der inzwischen selbst Franzose geworden war, mit aller Energie das Wiederaufnahmeverfahren; er erreichte auch endlich, daß seinem Antrage stattgegeben wurde. Nun hat sich im Laufe dieses Verfahrens tatsächlich die Unschuld des Tögle und die Richtigkeit seiner Behauptung herausgestellt, daß er das Opfer einer Namensverwechslung sei. Das französische Kriegsgericht sprach nach einer kurzen Verhandlung den im Jahre 1914 Erschossenen frei.

Ein Presseprozeß um den Paragraphen 11

Berlin, 26. Juli. Eine für die Presse bedeutungsvolle Entscheidung fällt das Schlesingergericht in Schöneberg. Das „Deutsche Tageblatt“ hatte im Januar dieses Jahres gegen die Gebrüder Scharf Angriffe unter der Epithete: „Auch Scharf ein ehrenwerter Mann“ gerichtet, auf Grund deren sich das Blatt eine vom Reichsanwalt der Gebrüder Scharf überlassene Verurteilung zuzuzug. Das „Deutsche Tageblatt“ hatte diese Verurteilung jedoch nicht abgedruckt, und aus diesem Grunde war gegen den verantwortlichen Schriftleiter, Dr. Lippert, Anklage erhoben worden. Der Beklagte verteidigte sich mit dem Hinweis auf formale Mängel der Verurteilung, insbesondere auf die Tatsache, daß das Begleit Schreiben von der eigentlichen Verurteilung nicht getrennt gewesen sei, und daß sich ferner hinter der Verurteilung im Anschluß an die Unterschrift des betreffenden Anwalts ein weiterer handschriftlicher Vermerk befunden habe. Ein Schriftleiter, so erklärte er, könne nicht verpflichtet sein, sich durch redaktionelle Arbeit die eigentliche Verurteilung aus einem längeren Text herauszulösen. Dem Antrage des Anwalts erkannte das Gericht entsprechend auf Freisprechung, indem es die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegte.

Eberts Sohn Redakteur in Potsdam.

Die politische Redaktion des Potsdamer „Volksblattes“ übernimmt vom 1. August an der Sohn des verstorbenen Reichs-

präsidenten Friedrich Ebert. Friedrich Ebert war bisher Redakteur des Sozialdemokratischen Pressebüros in Berlin.

Aus Westdeutschland.

Münster, 26. Juni. (Die Hauptversammlung der Deutschen Geologischen Gesellschaft) findet in den Tagen vom 10. bis 14. August in Münster statt. Schon in den Tagen vom 5. bis 10. August sind Exkursionen, von denen eine der Besichtigung des Aufbaues des östlichen Teiles des nordwestfälischen Berglandes und des Westfälischen Berglandes. Diese Fahrt beginnt in Hamm und führt über Elsdorfen am Deister, nach Westheim und Bünde nach Halle i. W. Ein zweiter Ausflug gilt dem Aufbau des westlichen Teiles des nordwestfälischen Berglandes. Er beginnt am 5. August in Osnabrück. Am 6. und 7. August sind Fahrten in den Teutoburgerwald vorgesehen; am 8. August geht es mit Lastautos zu den großen Steinbrüchen am Biesberg und dann über Kloster Rulle nach Orlappeln. Am 9. August wird das Fest der Torfwerk besucht. Die Fahrt endet am 10. August in Nordhorn. Am folgenden Tage fahren die Teilnehmer nach Bentheim und Schrippe und von dort nach Münster, wo am 14. August eine Begrüßungsfeier im Hotel „Der Fürstentum“ vorgesehen ist. Bei dieser Gelegenheit wird Museumsdirektor Dr. Geisberg die auswärtigen Gäste in die Kunst Münsters einführen. Am Dienstag, den 11. August, ist eine wissenschaftliche Sitzung im Auditorium maximum der Universität. Diese Sitzung ist hauptsächlich der Entstehung der Kohle und dem Zusammenhang der nordwestfälischen Kohlenbecken. Dabei ist auch ein Vortrag über den Ausbau des Steinkohlengrubes im mittleren Lippegebiet im Rahmen der Gesamtkonzeption des Ruhrkarbons vorgesehen. Die Verhandlungen am Mittwoch, den 12. August, werden mit einer geschichtlichen Sitzung eröffnet, der sich eine wissenschaftliche Sitzung anschließt. Am Nachmittag findet ein Ausflug in das mineralische Diluvium statt. Aus den Vorträgen, die am Donnerstag, den 13. August, gehalten werden, ist ein Vortrag Prof. Dr. Andrees über Ausflüge in das paläozoische und mesozoische Gebiet am Südrand des Beckens von Münster zu nennen. Nachmittags fährt nach Vengerich. Die letzte wissenschaftliche Sitzung findet am Freitag, den 14. August, statt. Für Samstag, den 15. August, ist eine Fahrt in die Baumberge in Aussicht genommen. (Billerbeck, Roruper Höhe). Eine andere Exkursion führt nach Bochum, Barmen usw., noch eine andere ins mittlere und südliche Sauerland.

Münster, 26. Juli. (Begehung der Reit- und Fahrtschule.) Die Erste Westfälische Reit- und Fahrtschule in Münster beginnt am 19. August den 24. Lehrgang, der am 13. Oktober 1925 beendet ist. Die Teilnehmerzahl der Schule beträgt 272, ein Zeichen, welches großes Interesse der Schule in Kreisen der westfälischen Landwirte entgegengebracht wird. Die Schule hat den Zweck, den Söhnen der westfälischen Landwirte und Züchtlern sowie anderen Personen, praktischen Unterricht a) in Reiten und Fahren, b) in Behandlung und Pflege der Pferde, c) in Pferdeheilkunde, Fußbeschlag, Zuchtungslehre, Anatomie des Pferdes, d) in Betreiben von Selbstübungen zu geben. Der theoretische Unterricht schließt sich entsprechend an, so daß jedem jungen Landwirtssohn der Besuch der Schule empfohlen werden kann. Schulordnung und Bedingungen werden vom Westfälischen Zuchtverein mit Reit- und Fahrtschule in Münster i. W., Fernruf 1522 und 3129, auf Wunsch kostenlos zur Verfügung gestellt. Anmeldungen zu diesem Lehrgang werden bis zum 8. August erbeten.

Buer, 26. Juli. (Todesfall von der Kotschale.) Der Arbeiter Stender aus Schermbeck starb — wahrscheinlich infolge Hitzeschlages — von der Kotschale, die er in den Verlehnungen.

Buer, 26. Juli. (Der Bruder nebegefahren.) Zwei Brüder aus Buer-Scholen trafen sich mit einigen Kollegen in Gledde und veranstalteten eine Kneipe, auf die eine große Schlägerei folgte. Dabei verletzte einer der Brüder den anderen einen Finger in den Unterarm, an dessen Folgen der Betroffene schwer darniederliegt.

Bochum, 26. Juli. (Bauvereinskonferenz und Generalversammlung der Bauvereinsbank.) Der Verband westfälischer Baugenossenschaften hielt Samstag eine große Bauvereins-

Handel, Industrie und Volkswirtschaft.

Die Börsenwoche.

Berlin, 25. Juli. Der in der Vorwoche von der Börse unternommene Versuch, sich vom Montanaktienmarkt und seinen schweren Sorgen zu emanzipieren und sich mehr für die Aktien der Industriebranche zu interessieren, in denen die Situation nicht im ersten Grade verzweifelt ist, wie in der Schwerindustrie, kann als gescheitert angesehen werden. Die deutschen Wertpapiermärkte scheinen vorerst über die Montanaktien und ihren Rückwirkungen nicht hinwegkommen zu können. Obwohl es sich herausstellt, daß der scharfe Abbauprozess in der Schwerindustrie in Gestalt von Betriebsstilllegungen und scharfen Betriebsbeschränkungen allmählich der Industrie Luft macht und die Rentabilitätsaussichten etwas verbessert, und obwohl ferner Aussicht auf eine weitgehende Staatshilfe für den Ruhrkohlenbergbau besteht, drückt doch die verweirte Lage der Schwerindustrie, die Illiquidität von Unternehmungen, die früher zu den finanziell am meisten gestützten gehörten, sowie die Aussicht auf sehr ungünstige Jahresabläufe der großen Montangesellschaften immer wieder auf die Stimmung der Börse. Deutschland hat eben bei der Zerrüttung des Weltmarktes die Hauptnachteile der in allen Ländern bestehenden Produktionsbeschränkungen zu tragen. Die Börse sagt sich zwar, daß schon im Hinblick auf die schwebenden Verhandlungen über eine Staatshilfe für den Ruhrkohlenbergbau, sowie im Zusammenhang mit den Zollverhandlungen die Führer der Industrie dazu neigen dürften, dem ungünstigen Bild noch einige schwarze Farben abhändeln einzufügen. Sie ist sich auch schon darüber klar, daß die Entspannung der internationalen politischen Lage durch die Verhandlungen über den Sicherheitspakt früher oder später einen belebenden Einfluß auf den Weltmarkt ausüben dürfte. In ihrer inneren Schwäche aber erachtet die Börse diese Momente als „Zukunftsmusik“. Dazu kommt, daß die Liquidation des Stinneskongloms immer noch wie ein Damoklesschwert über der Börse liegt. Diese Liquidation hat gerade in der letzten Woche rasche Fortschritte gemacht, es hat sich auch von neuem herausgestellt, daß diese Abstoßungsoperationen nicht über die Börse gehen, aber schon die Höhe der Liquidation, daß in irgend einer Phase dieses langwierigen Liquidationsprozesses doch einmal größere Aktienpakete herauskommen könnten, versetzt die Börse in eine hochgradige Nervosität. Dabei spielt auch die Erwägung eine Rolle, daß die Großbanken ihre Mittel zusammenhalten, um eventuell günstige Objekte aus der Stinnesmasse erwerben zu können. Unter diesen Umständen werden die Banken einmal kaum etwas für die Börse tun können. Als an einigen Tagen eine Großbank recht ostentativ mit Käufen am Montanaktienmarkt eintritt, jagt daraus die Börse die Hoffnung, daß eine neue gemeinsame Interventionspolitik der Großbanken zur Besserung der Börsenverhältnisse bevorsteht. Es zeigte sich aber sehr bald, daß hierbei der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen war. Die Mehrzahl der Großbanken hält zwar die jeglichen Kurse für unterwertig, aber sie rühren keinen Finger zur Hebung des Kursniveaus. Die Aufnahmefähigkeit bleibt unter diesen Umständen sehr ungenügend, zumal aus der Industrie zu Geldbeschaffungsbedürfnissen immer wieder kleinere Posten, zum Teil wohl „Vorratsaktien“, herauskommen. Auch das Ausland tritt überwiegend als Verkäufer auf, und zwar besonders

in den Stinneswerten, während für Anleihenpapiere, Kasse- und Elektrowerte hin und wieder Auslandsaufträge vorliegen. Für Kassewerte regien im übrigen Gerüchte von einem großen Amerikatredit an. Bei den Anleihenwerten führte man die Tatsache, daß der Anleihenmarkt als Bewerber für den Stinnesbesitz in Niederrhein-Montanaktien aufträte, als Beweis für die Liquidität des Trufts an. Ein Moment der Unruhe bilden nach wie vor die Lohnkämpfe, die durch die Kündigung des Lohnabkommens seitens der Eisenbahner-Gewerkschaft drastisch illustriert wurden. Trotz der fülle ungünstiger Momente hat sich in den letzten Tagen das Angebot etwas verringert. Die Tagesproduktion nimmt freilich immer wieder Abnahme vor und ein Teil der ungünstigen Gerüchte der letzten Tage ist zweifelsohne auf das Konto von Baize-Spekulationen zu setzen. Die Geldverhältnisse haben eine leichte Besserung erfahren, doch bekommt auch die Börse den dringenden Geldbedarf der Industrie immer wieder zu spüren. — Der einheimische Anleihenmarkt lag bei sehr stillem Geschäft schwächer, und zwar besonders die Vorkriegsanleihen, die Stadtanleihen und die Vorkriegshypotheken pfandbriefe.

Gebührenermäßigung der Reichsbank im Inkassoverkehr. Im Inkassoverkehr hat die Reichsbank neuerdings die Gebühren ermäßigt, um diese Geschäfte zu vereinfachen und dadurch dem Publikum noch annehmbarer zu machen. Bis jetzt betrug die Domizilgebühr für Inländer 1/10 Prozent, mindestens 1 Mark für ein Stück Wechsel, für Ausländer 1/2 Prozent, mindestens 3 Mark für ein Stück. Jetzt berechnete die Reichsbank für inländische und ausländische Wechsel ohne Unterschied 1/10. Als Mindestsatz wird für Wechsel bis zu 100 Mk. eine Gebühr von 30 Pfennig und für solche über 100 Mark eine solche von 50 Pfennig in Umlauf gebracht.

Das Zwischenjahr der Ruhrkohlenwerke Akt.-Ges. Die Ruhrkohlenwerke Akt.-Ges. in Bielefeld hat ihre Umstellung (im Verhältnis 20:3) bekanntlich zum 1. August v. J. bewirkt und im Anschluß hieran ihr Geschäftsjahr, das bisher von August bis Juli lief, auf das Kalenderjahr verlegt. Die Bilanz, die jetzt vorgelegt wird, ist demgemäß auf den 31. Dezember v. J. gezogen und umfaßt mithin das Ergebnis von fünf Monaten. Eine Dividende soll für diese Zeit nicht zur Ausschüttung kommen. Die Erfolgsrechnung weist nämlich den Bruttogewinn mit 1 074 048 RM. und die Unkosten mit 1 356 349 RM. auf. Der Rohgewinn stellt sich mithin auf 617 699 RM. Davon sollen 75 772 RM. für Abschreibungen vermindert, 500 000 RM. zur Beschaffung von Maschinen in eine Sonderreserve eingestellt und die übrigen 15 927 RM. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Wie im Geschäftsbericht mitgeteilt wird, waren die Betriebe im vergangenen Jahr dauernd voll beschäftigt.

Französisch-deutscher Warenaustausch. Aus der Ein- und Ausfuhrstatistik Frankreichs im ersten Halbjahr 1925 ergibt sich, daß Deutschland nach Frankreich Waren im Werte von 981 317 000 Franks gegen 985 516 000 Fr. in der gleichen Periode des Jahres 1924 eingeführt hat. Die Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland in den ersten sechs Monaten des Jahres 1925 beläuft sich auf Waren im Werte von 1 860 714 000 Franks gegen 2 101 654 000 Franks in den ersten sechs Monaten des Jahres 24.

